

# Frankenberger Tageblatt

Das Tagblatt erscheint an jedem Sonntag; Monats-Gebührenpreis für Wohnung in der Altstadt (Bestellungsnummer 1.500) ...

## Bezirks-Anzeiger

Anzeigerpreise: Der Grundpreis für die 28 mm breite einseitige ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Siska, des Landgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

№ 276 Sonnabend den 27. November 1926 nachmittags 85. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

Das Reichskabinett hat gestern den Entwurf des Arbeitsbeschwerfgesetzes gebilligt. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt heute zu einer neuen Sitzung zusammen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird trotz seiner Indisposition heute ...

### Einberufung einer Viermächtekonferenz nach Genf

Paris, 27. 11. (Frankfurt.) In „Matin“ schreibt Sauerwein, daß der bevorstehenden Völkerbundsratsitzung eine Konferenz der vier Großmächte Deutschland, Frankreich, England und Italien folgen werde. Bei dieser Gelegenheit sucht Sauerwein nachzuweisen, welches Entgegenkommen Deutschland seitens Frankreich bisher schon gefunden. Er erinnert daran, daß Stresemann den Alliierten in Locarno eine Liste mit einer Reihe deutscher Forderungen vorgelegt habe, die mit Ausnahme der Aufhebung der Militärkontrolle von den Alliierten erfüllt worden seien (...)

### Neue Verschleppungsversuche in Paris

Son unserm Berliner Vertreter. Berlin, 27. November. Seit Einleitung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ist die Reichsregierung von Paris aus nie mit schnellem Entschließen in den Fragen verfahren worden, die sich auf ein Entgegenkommen gegenüber deutschen Wünschen beziehen. Darum lag es auf der Hand, daß man sich mit der Behandlung der Militärkontrolle auch länger Zeit lassen würde, als unbedingt nötig ist. Seit Anfang dieses Jahres beschäftigt sich die Völkerbundkonferenz fast ausschließlich mit der Frage, wann die Entwaffnung in Deutschland als durchgeführt angesehen und damit die Auflösung der Interalliierten Kontrollkommission vorgenommen werden kann. Die verschiedenen Verhandlungen, die der Reichsregierung durch eine fortlaufende Notenaufbereitung mitgeteilt wurden, sind von ihr bis auf geringe Objekte erfüllt worden, und trotzdem jagt man in Paris mit der Aufhebung der Kontrolle.

In Athen fand gestern die förmliche Eröffnung des Parlaments statt, bei der Ministerpräsident Kumbis eine Botschaft des Präsidenten las. In der polnisch-litauischen Grenze hat sich gestern ein Grenzzwischenfall ereignet. Bei der Wirbelsturmkatastrophe in Rausas sind 60 Personen ums Leben gekommen. Bei einem Tunnelbau in der Nähe von Talland in Amerika sind infolge Überschwemmungen durch starke Regenfälle 14 Arbeiter ertrunken.

### Um den Schutz unserer Jugend Die Linke gegen den Rüstigen Geselentwurf

Berlin, 26. 11. Präsident Lobe eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schand- und Schmachschriften. Von den Sozialdemokraten, den Kommunisten, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei sind zahlreiche Änderungsanträge eingegangen. In der allgemeinen Vorrede weist Reichsaussenminister Dr. Röhl unter Aufzählung umfangreichen Materials darauf hin, daß die Einbringung des Gesetzes dem zinstümmligen Verlangen des Parlamentes, des Ausschusses der deutschen Jugendverbände und der im Vordergrund des Kampfes gegen Schmach und Schand lebenden behördlichen und freiwilligen Körperschaften entspreche. Der Kampf gegen Schmach und Schand müsse auf doppelte Art geführt werden. Prohibitiv, indem man die Schandliteratur der Jugend fernhält, und positiv, indem man ihr wertvolle Literatur zuführt. Alle positiven Versuche würden jedoch wirkungslos bleiben, wenn nicht Schand und Schmach aus dem Wege geräumt würden. Es sei eine romantische Vorstellung, daß die Ueberwindung des Schandes auf dem Wege der Gewöhnung an die gute Literatur sich von selbst vollziehen würde. Die äußere Zielrichtung des Gesetzes sei Kampf gegen Schmach und Schand. Die innere Zielrichtung der Schandliteratur. Dieser Schutz müsse keine Gefährdung der geistigen Freiheit, der Literatur, der Kunst oder der Wissenschaft in sich. Was mit dem Gesetz geschaffen werden solle, liegt völlig jenseits der Grenze geistigen Schaffens. Die Freiheit der Kunst habe niemals etwas zu tun mit schamhaften Gesäften. Der reife Mensch werde sich aus eigener Kraft dem literarischen Schutz gegenüber schätzen können. Der junge unreife junge Mensch brauche Schutz und Führung. Niemals seien die deutsche Literatur, Kunst und Wissenschaft mehr von Schand und Schmach behindert gewesen als jetzt. Das Gesetz vertrete nicht, sondern fühle die Würde der Kunst. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß sich alle Beteiligten darüber klar sind, daß der Schutz der Jugend ein hohes sittliches Gebot sei, zu dessen Erfüllung man nach übereinstimmender Auffassung aller in der Jugendbewegung stehenden Kreise dieses Gesetz brauche.

bar für das Reichsgebiet Geltung haben soll. Diese Bedenken könnten auch nicht durch das Recht beseitigt werden, bei der Oberprüfungs-Einspruch zu erheben. Aus grundsätzlichen Erwägungen müsse vielmehr eine Form gefunden werden, wodurch die Entscheidung einer Landesprüfstelle nur die Bedeutung einer Vorentscheidung erhält, auf Grund deren eine Zeitchrift noch nicht auf die Kiste gesetzt werden kann. Abg. Schrad (S.) weist darauf hin, daß die so oft gewünschte Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern bei dieser Vorlage nicht vorhanden sei und beantragt erneute Zurückverweisung an den Ausschuss. Reichsaussenminister Dr. Röhl erwidert, daß die Erklärungen Preußens erst- und zweitinständig seien. Dazu sei aber noch Zeit, wenn das Gesetz an den Reichstag gelangen. Die Einmündige Preußens könnten ja auch schon in der Reichstagsdebatte verörtert werden. Der Antrag auf Zurückverweisung wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Abg. Mumm (Dill.), der von den Kommunisten mit lautem Hallo empfangen wird, läßt schleunige Beratschlagung der Vorlage zur Sprache kommen. Die bestehenden Zustände seien unerträglich. Die Jugend müsse geschützt werden. Die ablehnende Haltung der Linksparteien sei bedauerlich und unverständlich. Durch die Beteiligung der niedrigen Schandliteratur werde die Kampfkraft für gute Literatur nur gehoben. Abg. Schrad (S.) weist der Kritik vor, sie wolle Kunst und Wissenschaft in Formeln schließen. (Zuruf rechts: Schrad, laß nach! Heilerkeit.) Die Nationalversammlung habe etwas ganz anderes verlangt als diesen unmöglichen Geselentwurf, der unbedingt zu Fall gebracht werden müsse. Abg. Frau Weber-Berlin (Ztr.) erklärt, daß das Zentrum die Vorlage nicht für verfassungswidrig halte. Das Zentrum würde immer für den Schutz der Jugend sein. Eine Begriffsbestimmung für Schand und Schmach könne jetzt nicht gegeben werden, ohne das Gesetz unheilvoll zu beeinflussen. Man müsse das nötige Vertrauen zu den Prästellen haben. Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) betont, daß es sich hier um ein Kulturgesetz mit Erziehungscharakter handele. Leider sei die preußische Erklärung sehr spät gekommen. Von religiösem Standpunkt aus müsse man für das Gesetz sein. Wir wollen das Gesetz sich auswirken lassen. Es wird gewiß nicht den lautgewordenen Befürchtungen Recht geben. Abg. Rosenbaum (Komm.) hält die gegenwärtigen Geselbestimmungen für ausreichend und lehnt den Geselentwurf ab. In einem sogenannten Hindenburg-Riesler finden sich recht vorläufige Inferrate, aber gegen solchen Schmach wird dieses vorliegende Gesetz nicht angewendet werden, sondern nur gegen revolutionäre Richtungen. Das Haus vertagt sich.

Der diplomatische Meinungsaustausch, der in dieser Angelegenheit seit einigen Wochen die Konsulate in Berlin, London, Paris und Brüssel beschäftigt, erweckt jetzt die Hoffnung, daß durch ihn eine Entscheidung bis zum Beginn der Völkerbundssitzung im Dezember erwartet werden könnte. Die Widerstände in Paris scheinen jedoch so stark zu sein, daß alle Bemühungen des französischen Außenministers, die Lage nicht unartig zu verschärfen, fruchtlos bleiben und somit in den nächsten vierzehn Tagen eine Einkinkung mit Deutschland als unmöglich angesehen werden muß. Es ist auffällig, daß die englische Regierung gegen die Haltung Frankreichs nichts unternimmt und dem sinnlosen Spiel der französischen Militärs durch eine offiziöse Verlautbarung ein schnelles Ende bereitet. Es liegt auf der Hand, daß eine Verschleppung der Verhandlung der Kontrolle durch die Befehlsmächte auch eine Verschleppung der Untersuchung in Genf hinausschiebert. Der Völkerbunds-Generalsekretär hat sich in London und Paris dementsprechende Informationen bereits eingeholt. In Berlin ist man gespannt, wie die Vorbereitungen Drummonds bezüglich der Behandlung der Kontrollfrage ausfallen werden. Sicher wird sich der Generalsekretär nach den Wünschen des englischen und französischen Kabinettes richten und eventuell der Reichsregierung vorschlagen, die Angelegenheit erst auf der Märztagung des Völkerbundes vorzunehmen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Vereinfachung einer weiteren Tätigkeit der Kontrollkommission besteht nicht mehr, nachdem die Entwaffnung in Deutschland durchgeführt ist. Die Reichsregierung glaubt das Recht zu haben, auf Verhandlung der Kontrollfrage auf der Dezembertagung des Völkerbundes zu bestehen. Diesen Standpunkt, der den Regierungen der Westmächte durchaus bekannt ist, wird sie auch gegenüber Sir Drummond mit aller Eindringlichkeit vertreten. Die Äußerungen der französischen Presse über einen ungünstigen Verlauf der Pariser Kontrollverhandlungen haben der deutschen Presse Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß die Reichsregierung sich geneigt zeigen könnte, Kompromisse zu schließen. An amtlicher Stelle wird versichert, daß diese Gefahr nicht bestehe und daß das Kabinett noch wie vor die völlige Ausführung der Kontrollkommission verlange und die Uebernahme der Kontrollinstitute durch den Völkerbund fordere, wie sie im Versailles-Friedensvertrage vorgesehen sei. Auch in der Untersuchungfrage werde die Jugendämter auf Frankreich nicht verzichten, sondern ihren Standpunkt aufrechterhalten, daß eine ständige oder „aktivierte“ Kontrolle im Rheinland für he unbilligst sei. Die Reichsregierung befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage, sie ist aber bereit, alle anderen Aufgaben zurückzustellen, um die Lösung der Militärkontrollfrage beschleunigt und in ihrem Sinne durchzuführen.

### Auf der Suche nach einer Mehrheit (Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 27. November. Das Kabinett beendete seine Beratungen über das Arbeitsbeschwerfgesetz am Freitag nachmittag und empfing darauf die Führer der Regierungsparlamenten und später die der Opposition. Wie wir hören, haben sich die Parteiführer sehr zurückhaltend über den Regierungsentwurf verhalten und erklärt, daß sie zunächst ihren Fraktionen Bericht erstatten wollten, ehe sie der Regierung eine abschließende Antwort erteilen könnten. Das gilt besonders für die Sozialdemokraten, die ihre Wünsche hinsichtlich der Ausnahmeklausulungen in der Arbeitszeit für nicht genügend berücksichtigt halten. Aus den Kreisen der Regierungsparteien erfahren wir, daß die Koalition geschlossen für den Geselentwurf eintreten wird, obgleich er bis Deutsche Volkspartei durchaus nicht befriedigt. Die Sozialdemokraten werden ihre Zustimmung zum Gesetz nicht geben, sondern es bestenfalls passivieren lassen.

### Staatliche Truppenverfächtigungen in Süditalien

Berlin, 27. 11. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist das italienische Truppenkontingent in Süditalien in der letzten Zeit nicht unerheblich vergrößert worden. In der Nähe des Grenzpostens, unmittelbar an der österreichischen Grenze, ist eine Kaserne für ein Bataillon Alpini gebaut sowie im Winklsgau und nach Steyrung schwere Wirteliere und Flieger gelegt worden. Die Stärke der in Süditalien zur Zeit stehenden italienischen Truppen kann mit mindestens 20 000 Mann angenommen werden.

### Eine neue Korruptionsaffäre in der Tschecho-Slowakei

Prag, 26. 11. Wie das „Prager Tageblatt“ erzählt, wurden heute bei einer amtlichen Untersuchung in mehreren Pragerer Judendistrikten Posten von je 5 Millionen Kronen festgesetzt, die als Anwalts des Rechtsanwalts Hadrý gebucht waren. Er erklärte, daß er die Beträge dazu verwendet habe, um die Beschlagnahme von Judendokumenten dieser Kategorie durch das Bodenamt zu verhindern. Die Affäre nimmt einen großen Umfang an. Höhere Beamte und Politiker haben an Verhaftung, von Hadrý Beträge festgesetzt angenommen zu haben.

### Zur tschechischen Regierungsbildung

Die erste Landtagsitzung hat bereits einigermaßen Klärung darüber gebracht, ob es im Landtag in seiner neuen Zusammensetzung möglich sein wird, eine tragfähige Regierung zu schaffen. Die Zusammensetzung des Präsidiums läßt gewisse Schlüsse zu. Alle Beratungen der Kommunisten und der mit ihnen verbandelten Sozialisten, dem Landtagspräsidenten ein „proletarisches Geschäft“ zu geben, schlugen fehl. Man wählte zwar, allem parlamentarischen Brauch entsprechend, den Prä-